

# WIR SIND DIE ZUKUNFT



\*\*\*\*\*  
**Newsletter Nr. 11/2022 „Wir sind die Zukunft“**  
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit  
[www.wir-sind-die-zukunft.net](http://www.wir-sind-die-zukunft.net)

\*\*\*\*\*  
**INHALT**

- **Infos aus dem KJHA vom 06.12.2022**
- **Münchner Bürgerpreis für Demokratie**
- **MITDENKEN – MITREDEN – MITPLANEN**
- **Neuer IDA-Reader erschienen: Klassismus und Rassismus**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

\*\*\*\*\*  
**INFOS AUS DEM KJHA VOM 06.12.2022**

**Kinder- und Jugendhilfeausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft, dem Bildungsausschuss, dem Gesundheitsausschuss sowie dem Sozialausschuss**

TOP 1: Münchner Armutsbericht 2022 – Gegen Armut und Einsamkeit im Alter: Verdeckte Armut wirksam bekämpfen!

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) bedankt sich zunächst bei der Stadtverwaltung, dass der fast 350-seitige Armutsbericht aus ökologischen Gründen nicht gedruckt wurde, sondern nur in digitaler Form vorliegt. Im Bericht selbst seien viele bekannte Fakten aufgeführt – aber auch neue Erkenntnisse zu finden. Insbesondere die Altersarmut unter Bürger\*innen mit migrantisches Biografien hatte sie überrascht. Aufgrund der Erkenntnisse aus dem Armutsbericht hatte ihre Fraktion daraufhin einen Änderungsantrag eingebracht, der vor allem auf die Stärkung der Sozialbürgerhäuser abzielt. Diese müssten finanziell und personell deutlich besser ausgestattet werden, um einen niederschweligen Zugang für alle Menschen zu ermöglichen. Vor allem bei älteren Menschen mit Migrationsbiografien müssten die Sozialbürgerhäuser besser bekanntgemacht werden, damit sie Zugang zu den Leistungen und Angeboten erhielten, die ihnen zustünden. Eine Ausweitung der Angebote sei nicht zwingend erforderlich – die vorhandenen müssten nur zielgruppengerecht kommuniziert werden. Gleichzeitig forderte ihre Fraktion, dass die Armutsgefährdungsschwelle angesichts weiter steigender Lebenshaltungskosten und Inflation ab 1. April 2023 jährlich angepasst werden soll, um direkter an den Verbraucherpreisindex gekoppelt zu werden. Der Ergänzungsantrag ihrer Fraktion enthielt zudem die Forderung nach einem weiteren Ausbau der Sozialberatung. In die Förderung sollte zudem der Kulturverein „Gorod“ dauerhaft aufgenommen und mit jährlich 90.000 Euro für Personalkosten und 60.000 Euro für einen Essenkostenzuschuss unterstützt werden. Darüber hinaus soll das Sozialreferat beauftragt werden, den Verein Interkulturelles Muslimisches Forum für Frauen und Familien e.V. ab 2023 dauerhaft mit jährlich 65.000 Euro für die Mietzahlungen und anteilige Geschäftsführung in die Regelförderung aufzunehmen. Das Sozialreferat wird außerdem damit beauftragt, die Bahnhofsmision dauerhaft mit zusätzlich 110.000 Euro jährlich zur Erfüllung des gestiegenen Aufgabenumfangs zu fördern.

Die Stadträtin wies darauf hin, dass all diese Leistungen einer Integration und Inklusion aller Menschen in die Münchner Stadtgesellschaft nützen. Mit der pauschalen Erhöhung der Zuschüsse in Höhe von 5,6 Prozent an alle städtischen und freien Träger hat der Landeshauptstadt gezeigt, wie wichtig ihr eine leistungsfähige Trägerstruktur sei, um soziale Notlagen und Armut zu minimieren oder zu verhindern. Dazu solle auch beitragen, dass künftig die Personal- und Sachkosten gegenseitig deckungsfähig sind. Schließlich sehe der Antrag auch vor, dass durch Kostensteigerungen unverschuldet in finanzielle Schieflage geratene Träger sich direkt an das Sozialreferat werden können, um nach einer Einzellösung zu suchen.

StRin Anne Hübner dankte den Autor\*innen des Armutsberichts und verband damit die Feststellung, dass München eine soziale Stadt sei und bleibe. Die größte Herausforderung sah sie im anhaltenden Fachkräftemangel auch und besonders im sozialen Bereich.

Karin Majewski (Paritätischer) unterstützte zunächst den Antrag der Fraktion SPD/Volt. Sie kritisierte jedoch, dass wesentliche Teile des Armutsberichtes bereits frühzeitig über die Medien veröffentlicht wurden und die Mitglieder des KJHA erst später die Inhalte zur Kenntnis nehmen konnten. Sie dankte für die Erstellung des umfassenden Berichts und unterstrich den Handlungsdruck, der sich daraus ergebe. Demnach klaffe in München in Schere zwischen „arm“ und „reich“ so weit auseinander wie in keiner anderen deutschen Großstadt und erreicht mit 18,8 Prozent einen Spitzenwert. Sie begrüßte, dass die Stadt seit 1987 regelmäßig einen Armutsbericht vorlegt – bemängelte jedoch die unzureichend ausformulierten Handlungsoptionen, die sich aus den Ergebnissen erforderlich machten. Neben einer inhaltlichen Unschärfe bei der Formulierung „bekämpfte Armut“, die suggeriere, dass mit der Aushändigung von Leistungen durch den Staat Armut endgültig überwunden sei, sprach sie sich für einen Monatsbe-

trag von 700 Euro aus, die Menschen in München zur dauerhaften Überschreitung der Armutgefährdungsschwelle monatlich zur Verfügung stehen müssten. Nur dann wären sie armutsfest. Im Übrigen wies sie darauf hin, dass die Stadt nicht unbedingt weitere Armutskonferenzen benötige, da man kein Erkenntnisproblem habe, sondern konkrete Handlungsoptionen erarbeiten müsse. Dazu gehörten u.a. die Erhöhung der Regelsätze, ein Abbau bürokratischer Hürden in der Antragstellung und eine Kindergrundsicherung.

StRin Marion Lüttig (Grüne/Rosa Liste) wies in diesem Zusammenhang auf den Fakt der „vererbten Armut“ hin – Kinder seien oft genug deshalb arm, weil ihre Eltern schon arm sind. Es müsse alles darangesetzt werden, dass die Betroffenen Familien frühzeitig und vollumfänglich von den bestehenden Unterstützungsangeboten erfahren, um die Armutsquote unter Kindern und Jugendlichen zu reduzieren und ihnen gleichzeitig mehr Partizipation an der Stadtgesellschaft zu ermöglichen.

StR Stefan Jagel (Linke/Die Partei) dankte den Autor\*innen für den Bericht und stellte gleichzeitig fest, dass die Handlungsspielräume in der Stadt so lange begrenzt seien, bis auf Bundesebene ein Paradigmenwechsel hinsichtlich einer neuen Umverteilungspolitik stattfinde. Insofern müsse der Armutsbericht auch gesellschaftspolitisch verortet werden. Besonders alarmierend waren für ihn die Zahlen zu den „Aufstockern“, die in München bei der Zeit 12.900 Personen liege. Diese Menschen könnten trotz regulärer Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten. Außerdem verblieben 37,9 Prozent der betroffenen Menschen vier Jahre und länger im Bereich staatlicher Transferleistungen. Das habe nicht zuletzt Auswirkungen auf die physische und psycho-soziale Gesundheit. Seiner Meinung nach werde sich das Armutsrisiko in München in den nächsten Jahren erhöhen – deshalb würden schärfere Handlungsempfehlungen für die Stadtpolitik benötigt.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bedankte sich ebenfalls für die Vorlage des umfassenden Armutsberichts, nach dem jede\*r sechste Münchner\*in von Armut betroffen sei. Besorgniserregend sei, dass kinderreiche Familien, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung überproportional von Armut bedroht sind. Auch sie bemängelte, dass fast ein Viertel der Antragsberechtigten nicht von den ihnen zustehenden Leistungen wüsste oder von einem Antrag wegen des hohen Aufwands Abstand nehme. Insbesondere die Bearbeitungszeit von derzeit neun bis zehn Monaten für Wohngeld müsse umgehend verkürzt werden. Zudem forderte sie die Einführung einer gesonderten Armutgefährdungsschwelle für Familien mit mehr als drei Kindern.

Dem Dank an die Autor\*innen des Armutsberichts schloss sich auch Judith Greil (KJR) an. Der KJR wisse sehr zu schätzen, dass sich die Stadtpolitik konsequent für ein soziales München einsetze. Sie zeigte sich jedoch verwundert, warum der Besprechung des Armutsberichts nicht mehr Aufmerksamkeit gewidmet werde – beispielsweise in einer eigenen Behandlung im KJHA. Es fehle im Bericht zudem ein ganzheitlicher Blick und Visionen für Kinder und Jugendliche bzw. deren Armutgefährdung. Der Analyseteil des Berichts müssten dezidierter auf die Aspekte Gesundheit, Ernährung, Berufsorientierung oder Studierende eingehen. Außerdem müsste die Bedeutung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in diesem Kontext mehr gewürdigt werden. Die Einrichtungen würden zwar nicht unmittelbar zur Armutsbekämpfung tätig, wirkten aber präventiv bzw. sicherten ein Höchstmaß an Partizipation für Heranwachsende. Die Landeshauptstadt müsse u.a. auch deshalb am Rahmenkonzept zur Kinder- und Jugendpartizipation weiterarbeiten.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) konnte den mündlich formulierten Änderungsantrag der CSU/Freien Wähler nicht nachvollziehen, weil sich die individuellen Bemessungsgrenzen aus den entsprechenden Tabellen auch für kinderreiche Familien ableiten ließen. Die Fraktion CSU/Freie Wähler (StR Andreas Babor) hingegen forderten, dass der Gruppe der kinderreichen Familien künftig insgesamt mehr Beachtung geschenkt werde.

Auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) unterstützte den Änderungsantrag der SPD/Volt. Besonders erfreulich sei, dass darin explizit der Verein Gorod bedacht wurde. Im Übrigen forderte er von der Stadtverwaltung, dass weniger Energie in konzeptionelle Arbeit gesteckt würde, sondern nun praktische Handlungsoptionen greifen müssten.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) nahm den Dank aller Fraktionen erfreut an und bekräftigte die Forderung aller Vorredner\*innen nach einer besseren Kommunikation der bestehenden niederschweligen Angebote für Bedürftige. Ihrem Haus liege ebenfalls viel an einer Stärkung der Sozialbürgerhäuser. Darüber hinaus stellte sie fest, dass der Armutsbericht in einem Umfang von 37 Seiten sehr wohl dezidiert auf die Belange von Kindern und Jugendlichen eingegangen sei. Der Bericht solle aber gern gesondert im KJHA behandelt werden. Die Anfrage von StRin Alexandra Gaßmann nach der Situation bei Wohnraum für Bedürftige antwortete Gerhard Mayer (Amt für Wohnen und Migration), dass zum Stichtag 30.11.2022 insgesamt 8.498 Anträge auf Wohngeld in Bearbeitung befanden; 25.706 Anträge seien beschieden und 3.500 Wohnungen vergeben. Dies zeige einen eklatanten Mangel an verfügbarem Wohnraum auf. Esther Maffei (Stadtjugendamt) ergänzte, dass es zum Thema Kinder- und Jugendpartizipation im Januar 2023 eine Beschlussvorlage geben werde. Zudem plane das Jugendamt regionale Armutskonferenzen speziell zum Thema Jugendliche. Außerdem werde es einen eigenen Berichtsteil für kinderreiche Familien geben.

*Änderungsantrag SPD/Volt: in allen tagenden Ausschüssen einstimmig angenommen*

*Änderungsantrag CSU/Freie Wähler: in allen tagenden Ausschüssen mehrheitlich abgelehnt*

*Beschluss in allen tagenden Ausschüssen einstimmig angenommen*

## **Kinder- und Jugendhilfeausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Kommunalausschuss und dem Kulturausschuss**

### TOP 1: Sanierung ehemaliges Zwangsarbeiter innenlager Ehrenbürgstraße 9, 1. Bauabschnitt, 22. Stadtbezirk Aubing-Lochhausen-Langwied

StR Stefan Jagel (Linke/Die Partei) zeigte sich von der Neukonzeption des Erinnerungsortes begeistert. Besonders zukunftsweisend seien die vielfältigen digitalen Angebote für Besucher\*innen. Die Investition der Landeshauptstadt in Höhe von 20 Mio. Euro seien absolut gerechtfertigt – immerhin müsse man von 4.000 Zwangsarbeiter\*innen sprechen, die hier ausgebeutet wurden. Der Stadtrat bedanke sich ausdrücklich beim Kommunalreferat und der fachlichen Unterstützung durch das NS Dokumentationszentrum München. StRin Nimet Gökmenoglu (Die Grünen/Rosa Liste) schloss sich dem Dank an und lobte vor allem das künftige Nutzungskonzept, das eine Koexistenz von Erinnern und Kultur vorsehe. Der Ort müsse nicht zuletzt deshalb gewürdigt werden, weil dort auch zahlreiche Jugendliche/junge Erwachsene Zwangsarbeit leisten mussten. StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bezeichnete das Konzept ebenfalls als extrem gelungen.

*Beschluss in allen tagenden Ausschüssen einstimmig angenommen*

### **Kinder- und Jugendhilfeausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Kommunal-ausschuss**

#### TOP 1: Errichtung eines Neubaus für die offene Einrichtung für Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren in Freiam

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bewertet das Vorhaben als in der Sache gut, Es sei zu begrüßen – müsste aber vor allem im Hinblick auf die Parkplatzsituation vor Ort noch einmal überarbeitet werden. Wenn viele Besucher\*innen mit dem Auto anreisen, weil sie beispielsweise auch mit Musikinstrumenten (die Einrichtung hat den Schwerpunkt Jugendkultur) unterwegs seien, sei die Parksituation nicht gut.

*Beschluss in allen tagenden Ausschüssen einstimmig angenommen*

### **Kinder- und Jugendhilfeausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bauaus-schuss und dem Bildungsausschuss**

#### TOP 1: Schul- und Kitabauoffensive – 4. Schulbauprogramm und Kita-Bauprogramm 2022

Florian Kraus (Stadtschulrat) berichtete, dass München mit einem Investitionsvolumen von 7 Mrd. Euro in den Schulneubau an der Spitze aller deutsche Städte stehe. Im 4. Münchner Schulbauprogramm werden nun acht Maßnahmen umgesetzt. Dabei wird auch das Verfahren der Umsetzung vereinfacht und besser strukturiert. Künftig wird das Berichtswesen über die Umsetzung des Programms verbessert. Zudem wird eine Klimaprüfung der Baumaßnahmen eingeführt. Der Stadtschulrat dankte in dem Zusammenhang dem Baureferat für die konstruktive Zusammenarbeit. Das 4. Münchner Schulbauprogramm ist mit 595 Mio. Euro ausgestattet. Gleichzeitig werden auch die Mittel für den Bauunterhalt verstärkt und liegen nun bei 22,6 Mio. Euro. Im Zuge des Neubaus legt die Stadt großen Wert auf die naturnahe Gestaltung bzw. Öffnung von Pausenhöfen. Dazu sollen beispielsweise zahlreiche Flächen entsiegelt werden.

StRin Anja Berger (Die Grünen/Rose Liste) sah im Schulbauprogramm bzw. der Kitaoffensive einen „großen Wurf“. Neben dem Neubau von Schulen müsse jedoch auch der Sportstättenbau mitbedacht werden. Ausdrücklich zu begrüßen ist, dass von der Investitionssumme 44 Mio. Euro in Bemühungen zur Klimaneutralität fließen. München sei mit diesem Programm gut auf die Zukunft vorbereitet. Dieser optimistischen Bewertung schloss sich auch StRin Lena Odell (SPD/Volt) an. Sie sieht damit auch beste Voraussetzungen, um mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabechancen für die Kinder Münchens zu erreichen. In einem Änderungsantrag will ihre Fraktion erreichen, dass Wohnraum für künftige Mitarbeiter\*innen an den Schulen aus dem Programm „Bezahlbares Wohnen und Leben in München“ finanziert wird.

StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler) dankte zunächst für die Vertagung dieses Tagungsordnungspunktes auf die heutige Sitzung – die Einarbeitung in die Unterlagen sei so besser möglich gewesen. Sie begrüßte vor allem die Anstrengungen zu mehr Inklusion, die sich in dem Programm wiederfinden, gab aber zu bedenken, dass ihre Fraktion die Vorhaben

„Im Gefilde“ und „Theodor-Heuss-Platz“ nicht unterstützen werde, weil zum einen zu wenig Fläche zur Verfügung stehe bzw. zum anderen Sportstätten für den Neubau geschlossen werden müssten. Gleichzeitig verwies sie auf frühere Erfahrungen bei der Öffnung von Schulhöfen für die Öffentlichkeit. Dabei sei es immer wieder zu Vandalismus gekommen – die Schulhöfe könnten sich in Partyzonen verwandeln. Bei derartigen Vorhaben sei in jedem Fall die gesamte Schulfamilie einzubinden.

StR Thomas Lechner (Linke/Die Partei) verwies auf den Zusammenhang zwischen guter Bildung und der Verhinderung von Armut. Nur durch Bildung sei es möglich, die Vererbung von Armut zu verhindern. Auch deshalb seien diese Investitionen nötig. Zur Befürchtung, dass die Schulhöfe zur Partyzone werden könnten, entgegnete Lechner, dass er solche geschützten Räume im Schatten von Schulen durchaus begrüße.

*Beschluss in allen tagenden Ausschüssen einstimmig angenommen*

### **Kinder- und Jugendhilfeausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bildungsausschuss**

TOP 1: Sicherung des Dienstbetriebes bei RBS-KITA und TOP 2: Weiterführung der KiTZ-Bund-Standorte aufgrund der Beendigung des Bundesprogramms "Kita-Einstieg"; Evaluation aller KiTZe in München und Ausblick ohne Aufruf einstimmig beschlossen

TOP 3: Kooperative Ganztagsbildung an Münchner Grundschulen, Neues Stellenbemessungsmodell für das hauswirtschaftliche Personal an Standorten der Kooperativen Ganztagsbildung

StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) bestätigte, dass es sich bei der Vorlage um eine wichtige Initiative handle, die auf die Bemühungen von gesunden Kitas einzahle.

*Beschluss in allen tagenden Ausschüssen einstimmig angenommen*

### **Kinder- und Jugendhilfeausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Sozialausschuss**

TOP 1: Berichtslegung zu den Stellen des Sozialreferates mit Flüchtlingsbezug, TOP 2: Umsetzung Bundesteilhabegesetz (BTHG), Teilhabeplanverfahren, TOP 4: Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms für die Jahre 2022 – 2026, Einzelplan 4 / Sozialbereich, TOP 5: Haushalt 2023 des Sozialreferates und TOP 6: Haushaltsplan 2023 – Produkt- und zielorientierte Ansätze, Zuschussnehmerdatei 2023 ohne Aufruf einstimmig beschlossen

TOP 3: Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2022 – 2026 Einzelplan 4 / Jugendamtsbereich

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) berichtet, dass mit den Haushaltsplanungen nun alles getan wurde, um Mietsteigerungen und Inflation bzw. höhere Lohnkosten als Belastungen für die

Träger vermieden werden können. StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) weist darauf hin, dass nach der Corona-Pandemie mit dem Krieg in der Ukraine ein neuer Umstand hinzugetreten sei, der die Haushaltskassen belastet. Die Stadt sei sich aber ihrer Verantwortung im Sozialbereich bewusst und nehme Geld in die Hand. Mit dem zu fassenden Sammelbeschluss zum Haushalt könne man politisch gestalten und Schwerpunkte setzen – der Haushalt werde dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft weiter zu stärken. Dem stimmte StR Thomas Lechner (Linke/Die Partei) zwar grundsätzlich zu, seine Fraktion lehne den Sammelantrag jedoch ab, weil die Darlegungen nicht ehrlich erfolgt seien. So seien die steigenden Lohnkosten nicht ausreichend berücksichtigt und der Bürokratieabbau in der Verwaltung wäre noch nicht im gewünschten Maße erfolgt. Im Bereich der Demokratieförderung/Förderung des Ehrenamtes sei keine Steigerung der Haushaltsmittel zu verzeichnen. Dies wäre aus politischer Sicht jedoch zwingend erforderlich.

Julia Sterzer (AWO) bedankt sich zunächst für die deutliche Steigerung der Zuschüsse auch an die freien Träger. Ob 5,6 Prozent mehr ausreichen werden, um alle zusätzlichen Kosten aufzufangen, werde sich erst in den nächsten Monaten zeigen. Sie lobte vor allem die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Personal- und Sachkosten sowie die Zusage des Referates, ggf. weitere Zuschüsse beantragen zu können.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) dankte im Namen der Fraktion für die Vorlagen – die CSU/Freie Wähler werden jedoch den Sammelantrag ablehnen, weil sie diesen in der Vollversammlung diskutieren möchten.

Elisabeth Hagl (Münchner Trichter) weist noch einmal auf die Aussagen des Deutschen Ethikrates hin, wonach die Gesellschaft nach den Krisen der letzten Monate insbesondere Kinder und Jugendlichen etwas schuldig ist, um deren Lebens- und Bildungsbiografien erfolgreich gestalten zu können. Sie bedankte sich für die Erhöhung der Zuschüsse an die freien Träger. Dem schloss sich auch StRin Anne Hübner (SPD/Volt) an und betonte, dass sie sich freue, dass der Sammelbeschluss für alle Bereiche etwas erreichen könne. Marion Ivakko (Bayerisches Rotes Kreuz) berichtet, dass die finanzielle Not von Familien zunehmend größer werde. Sie begrüßte es deshalb ausdrücklich, dass im Sammelbeschluss auch die Familienzentren berücksichtigt sind.

*Änderungsantrag CSU/Freie Wähler: wird zurückgezogen*

*Beschluss in allen tagenden Ausschüssen einstimmig angenommen*

TOP 7: Haushaltsplan 2023 – Produkt- und zielorientierte Ansätze, Zuschussnehmerdatei 2023, Vollzug des Haushaltsplanes 2023 für den Bereich „Förderung freier Träger“

*Beschluss mehrheitlich in allen tagenden Ausschüssen angenommen*

TOP 8: Haushaltsplan 2023 – Produkt- und zielorientierte Ansätze, Zuschussnehmerdatei 2023, Vollzug des Haushaltsplanes 2023 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Stadtjugendamtes

*Änderungsantrag SPD/Volt, Die Grünen/Rosa Liste (Der Jugendtreff Sendling-Westpark soll finanziert werden. Die dafür erforderlichen dauerhaften Mittel – 259.300 Euro konsumtiv und 180.000 Euro investiv – werden erstmals im Haushalt 2023 bereitgestellt) mehrheitlich in allen tagenden Ausschüssen angenommen*

*Beschluss mehrheitlich in allen tagenden Ausschüssen angenommen*

TOP 9: Haushaltsplan 2023 – Produkt- und zielorientierte Ansätze, Zuschussnehmerdatei 2023, Vollzug des Haushaltsplanes 2023 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Amtes für Wohnen und Migration, TOP 10: Sozialer Zusammenhalt im Bahnhofsviertel I – Angebote für obdach- und wohnungslose Menschen ausbauen und TOP 11: Förderung freier Träger der Wohlfahrtspflege, Zusätzlicher Förderbedarf im Sozialreferat, Sammelbeschluss 2023

*Beschluss einstimmig in allen tagenden Ausschüssen angenommen*

TOP 12: Die Auswirkungen der Pandemie dämpfen, Maßnahmen des Sozialreferats/Stadtjugendamt für Kinder, Jugendliche und deren Familien

StR Thomas Lechner (Linke/Die Partei) bedankt sich beim Sozialreferat und wies auf die besondere Bedeutung von Maßnahmen zur Gewaltprävention hin. Er bedauerte jedoch, dass nicht alle erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen werden. StRin Lena Odell (SPD/Volt) begrüßte es, dass der Beschluss nun gefasst werden könne, zumal sich auch die Haushaltslage nach der Steuerschätzung leicht verbessert habe. Der Beschluss sei auch deshalb wichtig, weil die Auffälligkeiten und psycho-sozialen Erkrankungen unter Jugendlichen nach der Pandemie signifikant zugenommen hätten. Auch die Mitarbeiter\*innen in den Einrichtungen würden nun an ihre Grenzen stoßen. Der KJHA bzw. der Stadtrat habe die Dringlichkeit des Problems erkannt und gehandelt. Zwar können im nächsten Haushaltsjahr nicht alles finanziert werden, sie vertrauen aber darauf, dass in 2024 weitere Maßnahmen in die Förderung eingehen werden.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) dankte dem Jugendamt für die wichtige Beschlussvorlage. Sie dankte zugleich dem Stadtrat für die Möglichkeit, jetzt Projekte zur Gewaltprävention finanzieren zu können. Sie befürchtete, dass sich dieses Problem verschärfen könnte und äußerte den Wunsch, dass sich bei der Konzeption und Umsetzung von Projekten zur Gewaltprävention Schul- und Sozialreferat künftig besser untereinander abstimmen. Man habe ja die gleiche Zielgruppe vor Augen. Auch StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) bedankte sich und verwies noch einmal auf die fehlenden Therapieplätze in der Stadt. Für StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) war eine regionale Verzahnung bestehender Projekte wichtig. Es sei noch viel zu häufig zu beobachten, dass sich die verschiedenen Träger vor Ort nicht kennen. Ansonsten freue sie sich sehr über den Änderungsantrag.

*Änderungsantrag SPD/Volt, Die Grünen/Rosa Liste (zusätzliche dauerhafte Förderung ab 2023: Mobbingcoach, INKOMM (AWO), Komm, wir finden eine Lösung, KSKO, PIBS, AGFP, amanda, Zora, Goja, KIBS, HIPPI, Fachstelle Kinderschutz, Fachstelle Jugendschutz, Streetwork) mehrheitlich in allen tagenden Ausschüssen angenommen*

*Beschluss einstimmig in allen tagenden Ausschüssen angenommen*

## **Kinder- und Jugendhilfeausschuss**

TOP 1: Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) 2022 – 2026, TOP 4: Elternbefragung 2022 in Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft des Städtischen Trägers, TOP 5: Elternbefragung



2022 in den städtischen Tagesheimen, der städtischen Kooperativen Ganztagsbildung, TOP 6: Miete Projekt „Köşk“, Räume Schillerstraße 38, TOP 9: Trägerauswahl für Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) an drei Grundschulen in den Stadtbezirken 17 und 18, TOP 11: Kostenerstattung für unbegleitete minderjährige Ausländer\*innen; Tagespauschalen der Leistungszeiträume 2015 und 2016, TOP 12: Energiekostensteigerung; Zuschussausreichung für Kindertageseinrichtungen, TOP 13: Existenzsicherung und Professionalisierung des Familienzentrums der ev.-luth. Epiphaniaskirche in Allach-Untermenzing, TOP 14: Modellprojekt "Inklusive Förder- und Betreuungsangebote an Schulen, TOP 15: Bedarfsgerechte Anpassung der Erziehungsberatungsstelle (EB) im 22. Stadtbezirk, TOP 16: Dringende Bedarfsdeckung im Fachbereich Alleinerziehende und TOP 17: POP UP STAGE ohne Aufruf einstimmig beschlossen

TOP 2: KinderTagesZentrum Am Hartmannshofer Bächl 46, KinderTagesZentrum Fritz-Erler-Straße 12, Sicherstellung des Betriebs als städtische KinderTagesZentren

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) möchte wissen, warum die Einrichtung in der Senftenauerstraße noch immer nicht in Betrieb ist. Margit Braun (RBS, Kita) versicherte, dass die Einrichtungen so schnell wie möglich in Betrieb gehen sollen. In diesem Fall habe der Bau-träger aber darauf bestanden, dass er selbst einen Träger für den Betrieb der Einrichtung sucht. Erst wenn dieser gefunden ist, kann die Ausstattung angeschafft werden. Die Ausschreibung für einen Träger laufe. Daraufhin konstatiert StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler), dass der Betrieb wahrscheinlich erst im Herbst 2023 aufgenommen werden könne, was sie verärgere.

*Beschluss einstimmig angenommen*

TOP 3: Pflegerische Hilfskräfte in der Pädagogik an städtischen Kindertageseinrichtungen und Kindertageseinrichtungen in freigemeinnütziger und sonstiger Trägerschaft

StRin Barbara Likus (SPD/Volt) betonte die Bedeutung des Antrags. Er werde es ermöglichen, dass Menschen mit Behinderungen auch in der Berufswelt sichtbar werden. Das bedeute eine enorme Wertschätzung für sie. StRin Sofie Langmeier (Die Grünen/Rosa Liste) merket an, dass Inklusion in der Landeshauptstadt sich aus vielen einzelnen Mosaiksteinen zusammensetze. Mit dem Antrag würden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen und Hilfskräfte in das Berufsleben integriert. Dieses Vorgehen soll dauerhaft eingeführt werden.

Julia Sterzer (AWO) bedankt sich im Namen der Wohlfahrtsverbände für die gute Initiative, da es nicht nur für die Menschen mit Behinderung, die auf diese Weise wirklich am Arbeitsmarkt teilnehmen können und zudem nach einer Einarbeitungsphase auch eine Unterstützung sein können. Es sei auch ein wichtiger Beitrag zur Inklusion, dass Kinder in ihrem Alltag erleben, dass Menschen unterschiedlich sind und manche eben auch Einschränkungen haben. Auch der Änderungsantrag der SPD die Stellen unbefristet zu schaffen sei gut. Allerdings sei es für Träger nicht machbar, wenn die Förderung durch die Eingliederungshilfe nach einem Jahr auf 60 % reduziert wird und nach 2 Jahren ganz entfällt, die verbleibenden 10 % im 2. Jahr und 70% ab dem 3. Jahr selbst zu finanzieren. Dies sei eine Ungleichbehandlung gegenüber dem städtischen Träger. Sie erwarte leider nicht, dass sich unter diesen Voraussetzungen ein Träger daran beteiligen werde. Eventuell sei eine Finanzierung über die Münchner Förderformel eine Möglichkeit.

*Beschluss einstimmig angenommen*

TOP 7: Aktuelle Bedarfsdarstellung Schulsozialarbeit/Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) an Grund-, Mittel-, Förder-, Berufs- und Realschulen

StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) begrüßt den Beschluss ausdrücklich, da er die Schulsozialarbeit weiter stärken werde. Mit den vorgesehenen Maßnahmen zur Digitalisierung der Angebote dringe man darüber hinaus direkt in die Lebenswirklichkeit junger Menschen vor. Dazu müssten jedoch auch die Personalkapazitäten angepasst werden. StRin Beatrix Burkhardt schloss sich dieser Einschätzung an – wies jedoch darauf hin, dass Schulsozialarbeit auch an Gymnasien etabliert werden muss. Julia Sterzer (AWO) bedankte sich ebenfalls für die Vorlage. Man habe lange darauf hingearbeitet und habe nun Planungssicherheit.

*Beschluss einstimmig angenommen*

TOP 8: Terminverlängerung für aufgegriffene und noch in Bearbeitung befindliche Stadtratsanträge – Stadtjugendamt

StR Thomas Lechner (Linke/Die Partei) formulierte für seine Fraktion, dass beim Thema Sexualpädagogik noch Vorbehalte gegenüber der Vorlage bestünden. Man werde dem Antrag jedoch zustimmen.

*Beschluss einstimmig angenommen*

TOP 10: Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, Novellierung SGB VIII – Reform 2021

StRin Lena Odell (SPD/Volt) stellte fest, dass die Novelle des SGB VIII eine gute Entwicklung für das Wohl von Kindern und Jugendlichen bedeute. Zum einen würde damit die Beteiligung ausgeweitet – zum anderen würden nun Hilfen aus einer Hand ausgehändigt. München sei in dieser Frage schon auf einem guten Weg. Ein weiterer wesentlicher Aspekt bei der Umsetzung der Novelle sind die Mitarbeitenden in Einrichtungen – diese gilt es zu stärken, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Das bedeutet allerdings auch, dass die Verwaltung im Referat ebenfalls gestärkt werden muss. Hierzu sollen 20 VZÄ zusätzlich in den verschiedenen Bereichen eingerichtet werden, um eine Entlastung der Mitarbeiter\*innen zu erreichen. StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) bestätigte, dass es jetzt auch um Fachkräftesicherung gehe, d.h. die Mitarbeiter\*innen so zu entlasten, dass sie nicht überlastet werden. Der Ergänzungsantrag ihrer und der Fraktion SPD/Volt zahle deshalb auch auf das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz ein.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) gab zu bedenken, dass man sich mit Blick auf Fachkräfte in einem Dilemma befinde und sie den ursprünglichen Antrag des Referats nachvollziehen könne. Gleichzeitig würden weitere Aufgaben – Stichwort Inklusion – auf die Träger zukommen, und es würde weiteres Personal benötigt. Mit dem Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste würden sich die Verbände schwertun, und könnten dem nicht zustimmen. Elisabeth Hagl (Münchner Trichter) dankte der Sozialreferentin und der Jugendamtsleitung ausdrücklich für die Vorlage. Man müsse nun vorausschauen. Wichtig sei nun auch, die Partizipation der Fachkräfte bei der Weiterentwicklung der Angebote einzubinden. Auch StRin

Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) hatte noch Bedenken und gab an, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen. StRin Anna Hübner (SPD/Volt) unterstrich noch einmal, dass die Intention des Änderungsantrags sei, die bestehenden Strukturen zu stärken und nicht Gefahr zu laufen, dass bei den Trägern neu geschaffene Stellen unbesetzt blieben.

*Änderungsantrag SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste (Umsetzung der SGB-VIII-Reform wird vorerst in 2023 mit einem Umfang von 8 VZÄ begleitet – Streichung von 20 auf 8 Stellen.) mehrheitlich abgelehnt.*

*Beschluss einstimmig angenommen*

#### TOP 18: Kinder- und Jugendkulturarbeit in München sichern

StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler) bedankt sich explizit für den Antrag mit dem das Jugendkulturwerk wiederbelebt werden soll. Die Ausweitung der Stellen sei unbedingt zu begrüßen, um die Arbeitsfähigkeit der Initiative zu sichern. Ihre Fraktion sei auch bereit, über eine weitere Ausweitung der Mittel zu sprechen.

*Beschluss einstimmig angenommen*

#### TOP 19: Interims-Jugendtreff Sendling-Westpark = von der Tagesordnung abgesetzt

#### TOP 20: Sicherung der Angebote von CultureClouds e.V. (vormals Spielen in der Stadt e.V.)

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) freute sich besonders, dass es gelungen sei, ein ehemaliges Modellprojekt nun in die Regelförderung zu überführen.

*Beschluss einstimmig angenommen*

*Zusammengestellt von Marko Junghänel*

\*\*\*\*\*

### **MÜNCHNER BÜRGERPREIS FÜR DEMOKRATIE – GEGEN DAS VERGESSEN**

Ein Zeichen gegen rechtsextremistische Tendenzen und Ausgrenzung setzen – darum geht es beim Münchner Bürgerpreis. Alle zwei Jahre werden Jugendliche und junge Erwachsene aus München und der Region geehrt, die sich mit ihren Projekten und Aktivitäten aktiv und beispielhaft für Demokratie einsetzen. Das Projekt bzw. das Engagement sollte einen Bezug zu München haben. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 15. Januar 2023. Informationen zu Stiftung, Preis und zur Bewerbung findet man [hier](#)

\*\*\*\*\*

### **MITDENKEN – MITREDEN – MITPLANEN**

Im Schuljahr 2022/23 wird ein Wettbewerb für Münchner Schüler\*innen zur Stadtentwicklung durchgeführt. Damit will die Landeshauptstadt München Kinder und Jugendliche motivieren,

sich mit ihrer gebauten Umwelt auseinanderzusetzen und Ideen für die Zukunft zu entwickeln. Ob bunter Stadtplan, Skizzen und Zeichnungen oder Modellbau, Hörstücke und Filmclips – alle Formen von Beiträgen sind willkommen. Teilnehmen können einzelne Kinder und Jugendliche oder Gruppen aus Schulen, Tagesheimen, Horten und der Mittagsbetreuungen, aus Freizeittreffs, Einrichtungen, Vereinen, Verbänden oder Initiativen, die in München wohnen oder hier eine Schule besuchen. Einsendeschluss ist am 22. Mai 2023. Eine Jury bewertet die Beiträge nach den Kriterien Originalität, Umsetzung und fachliche Qualität. Die Gewinner\*innen erhalten eine Urkunde und Geldpreise aus einem Gesamtbudget von 3.000 Euro. Alle Arbeiten werden ausgestellt. Weitere Informationen findet man [hier](#)

\*\*\*\*\*

## **NEUER IDA-READER ERSCHIENEN: KLASSISMUS UND RASSISMUS**

Der Reader legt einen Fokus darauf, wie sich die historische Verflechtung von Klassismus (Vorurteile oder Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft oder der sozialen Position, Anm.d.Red.) und Rassismus heute auswirkt. Daneben untersuchen die Autorinnen und Autoren das Zusammenwirken von Klassismus und Rassismus u.a. im Bereich der Obdachlosigkeit, des Schulsystems und in der Arbeitswelt. Ebenso wird thematisiert, wie die extreme Rechte Klassismus für sich nutzt und ob formale Bildung tatsächlich einen Einfluss auf rechts-extreme Einstellungen ausübt. Bis zu drei Exemplare des Readers können bei IDA gegen eine Versandpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der gewichtsabhängigen Portokosten über die [IDA-Webseite](#) bestellt oder kostenlos als PDF heruntergeladen werden.

\*\*\*\*\*

## **DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 17.01.2023**

Bericht vom KJHA vom 10.01.2023

\*\*\*\*\*

## **IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ**

### **Das Redaktionsteam**

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Marko Junghänel

### **Verantwortlich für die Inhalte**

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt  
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

## **Datenschutz**

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.